

NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* I/2021



Nicht überall sind die Möglichkeiten für digitalen Unterricht gegeben

Generation Coronakrise

»Wir müssen neue Lösungen finden«

Die Coronapandemie hat einen akuten Unterrichtsnotstand ausgelöst. Aber die Bildungskrise ist nicht neu. Damit Heranwachsenden im Globalen Süden nicht das totale Bildungsaus droht, ist nicht nur viel Geld vonnöten, vielerorts müssen auch andere Zugänge geschaffen werden.

Mathematik, Naturwissenschaften und das Fach Englisch: Kurz nachdem die Schulen im Süd-Sudan im Frühjahr 2020 wegen der Coronakrise schließen mussten, startete der örtliche Radiosender Miraya Bildungsprogramme für Kinder und Jugendliche. Auch in anderen afrikanischen Ländern wie Ruanda oder Somalia wurden Heranwachsende wenigstens einige Stunden am Tag über das Radio unterrichtet. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, Unicef, stellte kurzfristig 144 Ma-

nuskripte aus aller Welt für den Fernunterricht in Ruanda bereit. Gemeinsam mit Partnern verteilte es Radios, um Schüler_innen das Lernen während der Pandemie zu ermöglichen.

Zu den Hochzeiten der Pandemie seien bis zu 1,6 Milliarden Heranwachsende in 190 Ländern mit geschlossenen Schulen konfrontiert gewesen, sagt Christine Kahmann von Unicef Deutschland. Davon habe ein Drittel der Kinder keinen Zugang zu alternativen Bildungsangeboten wie Digitalunterricht gehabt. »Überall, wo Kinder und Jugendliche vor der Pandemie schlechte Chancen hatten, droht sich ihre Lage zu verschärfen«, so Kahmann. Die Pandemie trifft Heranwachsende auf der ganzen Welt – aber unterschiedlich. »In den Industrieländern drohen soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zu wachsen, etwa weil Familienmitglieder Jobs verloren haben.« →

Inhalt

Generation Coronakrise

»Wir müssen neue Lösungen finden«	S. 1
Der Kommentar: Bildung als globales Menschenrecht verwirklichen!	3
Schule in Peru: Lern Zuhause!	4
Kinderarbeit in Indien: Wenn Schule Luxus wird	5
Gendergerechtigkeit und (Aus)Bildung in Ghana: »Den Fernseher belegt der Vater mit Beschlag«	6

Aus den Projekten

Jünger, weiblicher, professioneller	7
---	---

In Kürze

Lieferkette: Deutscher Entwurf reicht nicht	
Freiheit für Brasiliens Lula	
Patentschutz für Impfstoffe aufheben!	
Just Transition kommt voran	
Filmtipp: Silence Radio	8

→ Im Globalen Süden haben die sozialen Folgen der Pandemie eine größere Wucht. Vor allem für Kinder und Jugendliche in Kriegs- und Katastrophengebieten ist die Lage sehr prekär.

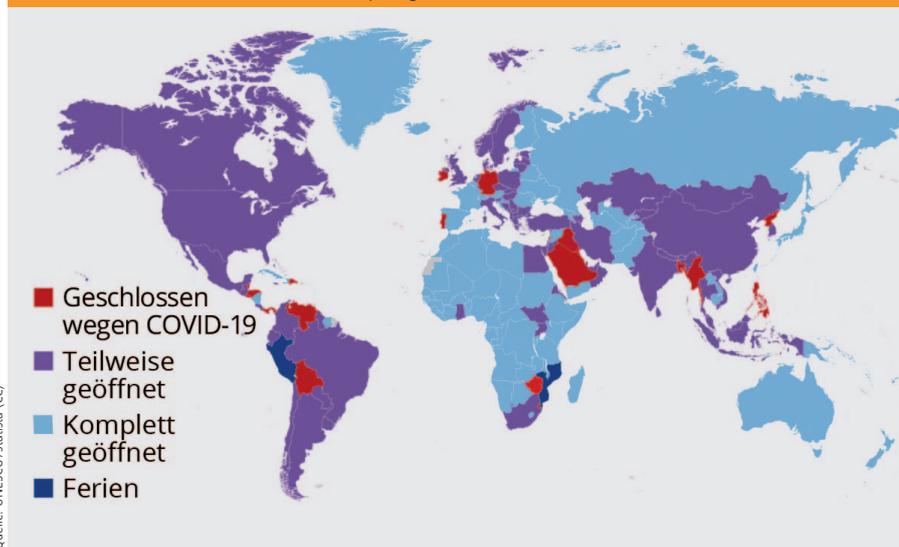
Fatal: Der durch Corona ausgelöste akute Unterrichtsnotstand trifft auf eine bereits bestehende Bildungskrise und weitet sie aus. 258 Millionen Kinder und Jugendliche konnten schon vorher nicht zur Schule gehen. »Durch die Pandemie könnte weltweit weiteren 24 Millionen Heranwachsenden dauerhaft der Zugang zu Bildung verwehrt werden«, warnt Kahmann. Gerade in ländlichen Regionen im Globalen Süden fehlen Schulen und Lehrer_innen oder Klassen sind überfüllt. Während es in den Industrieländern darum geht, dass Kinder und Jugendliche

cherung des Lebensunterhalts zu erwerben. »Erfahrungen zeigen, dass in Krisen besonders die Bildung von Mädchen gefährdet ist«, berichtet Kahmann. Mädchen drohen in etlichen Ländern Frühehen und frühe Schwangerschaften. Auch die Rekrutierung von Kindersoldaten nimmt in Krisenzeiten zu. »Kinder erhalten kleine Beträge, mit denen sie ihre Familien unterstützen möchten.«

Vor allem in den ärmsten Ländern wächst die Finanzierungslücke im Bildungsbereich weiter, warnt auch die UN-Bildungsorganisation Unesco. Weltweit hätten bereits vor der Pandemie nur 88 Prozent der Kinder die Schule abgeschlossen und nur 72 Prozent der Heranwachsenden die untere Sekundarstufe. Fast jedes

weltweit 148 Milliarden US-Dollar. Aufgrund von Corona wird sie voraussichtlich um ein Drittel wachsen. Denn durch die Pandemie geraten die Staatshaushalte unter Druck. Die Unesco fürchtet, dass Länder mit ohnehin kleinen Etats für Bildung künftig noch weniger Geld für die Erziehung und Wissensvermittlung von Kindern und Jugendlichen bereitstellen. Gleichzeitig werden die internationalen Hilfen drastisch sinken, weil die Geberländer unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden, fürchtet Hirche. »Aber nur mit Bildung können wir die Folgen der Gesundheitskrise in den Griff bekommen«, sagt er. Denn Wissen – das hat etwa der Ebolaausbruch gezeigt – bestimmt, wie Menschen mit ansteckenden Krankheiten umgehen.

Weltweit noch immer viele Schulen nicht komplett geöffnet



Schulschließungen aufgrund der Coronapandemie in Ländern weltweit (Stand: 3. März 2021)

Die meisten gestrichenen Präsenz-Schultage

Panama	211
El Salvador	205
Bangladesch	198
Bolivien	192
Brasilien	191
Costa Rica	189

Quelle: UNESCO/Statista, Stand: Februar 2021

Lernrückstände aufholen, droht Altersgenoss_innen im Globalen Süden das komplette Bildungsaus. Vor allem Heranwachsende südlich der Sahara und in Südostasien sind davon betroffen. »Aus vorhergehenden Krisen wissen wir: Je länger die Schulen geschlossen sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder nicht zurückkehren«, sagt Kahmann.

In manchen Ländern sind Bildungseinrichtungen über ein Jahr geschlossen, etwa in Panama, Bangladesch oder Bolivien. Dabei sind Schulen mehr als ein Ort zum Lernen. Sie sind auch ein Ort des Schutzes vor Ausbeutung und Gewalt – und einer der Versorgung. Infolge der Pandemie erhielten schätzungsweise 370 Millionen Heranwachsende zeitweise kein Schulessen, was Hunger und Mangelernährung zur Folge hat.

Die Konsequenzen der Covid-19-Krise sind so dramatisch: Wachsende Armut führt zu mehr Kinderarbeit, weil Söhne und Töchter zum Familieneinkommen beitragen müssen. Die fehlende Wissensaneignung für Heranwachsende verringert ihre Chance, Fähigkeiten für die spätere Si-

sechste Kind wird nie eine Schule besuchen, darunter mehr Mädchen als Jungen. »Für Afrika gilt: Die Bevölkerung wächst, das Bildungsangebot stagniert«, sagt Walter Hirche, Vorstandsmitglied der Deutschen Unesco-Kommission. Dabei gibt es einen direkten Zusammenhang. Nach einer Studie der Weltbank haben in Ghana, Eritrea, Äthiopien und Nigeria Frauen ohne Schulbildung im Schnitt sechs Kinder, mit Schulbildung sind es zwei bis drei.

Auch wenn in den Industriestaaten die Coronakrise die Chancen der Heranwachsenden auf Wissenserwerb stark belastet, sind die Bildungssysteme hier fest etabliert und haben einen hohen Stellenwert – was im Globalen Süden anders ist. »In den Industrieländern muss der Lernrückstand aufgeholt werden, dort müssen Schulen erst geschaffen werden«, sagt Hirche. Der Bedarf an Lehrer_innen ist enorm. »Bis 2030 werden weltweit mehr als 69 Millionen neue Lehrkräfte benötigt.«

Aber das Geld ist knapp. Nach Berechnungen der Unesco und der Weltbank gibt es jährlich eine Finanzierungslücke für Bildung von

Wichtig ist, eine langfristige Finanzierung von Bildung zu gewährleisten, sagt Hirche. Das Problem: Anders als etwa bei Investitionen in Infrastruktur zeigen sich die Erfolge erst nach fünf bis zehn Jahren. »Wir brauchen ein Programm für eine stetige Entwicklung«, fordert er. Weltweit fließen nach Berechnungen der Unesco weniger als ein Prozent der Coronahilfen in die Bildung. Vielerorts wäre es bereits ein Erfolg, wenn dieser Status quo erhalten bleiben würde, ist Hirche überzeugt. »Wir brauchen aber eine deutliche Erhöhung.« Der Anteil für Bildung an der weltweiten Entwicklungshilfe müsse stufenweise über zwei auf fünf Prozent erhöht werden.

Bei der Lösung der akuten und chronischen Bildungskrise geht es nicht nur um mehr Geld, betont Unicef-Sprecherin Kahmann. »Wir müssen größer und anders denken, um neue Lösungen zu finden, die großflächig etwas verändern.« Ein wichtiger Ansatz dabei ist die Digitalisierung. Gerade in ländlichen Gebieten muss Kindern und Jugendlichen überhaupt erst der Zugang zum Internet und damit zu digitalen Lernplattformen verschafft werden. Die UN hat das Ziel gesteckt, dass bis 2030 alle Kinder und Jugendliche eine Grund- und Sekundarschulbildung erhalten. Durch die Pandemie ist viel Erreichtes verloren gegangen. »Wir können das Ziel immer noch schaffen«, sagt Kahmann. »Aber die Weichen dafür müssen jetzt gestellt werden.«

 Autorin: Anja Krüger lebt als Journalistin in Berlin und beschäftigt sich viel mit Gewerkschaftspolitik.

Bildung als globales Menschenrecht verwirklichen!

**Die Coronakrise ist auch eine Bildungs-
krise. Umso wichtiger ist es, dass welt-
weit Bildungsgewerkschaften gemeinsam
für die Verwirklichung des Menschen-
rechts auf Bildung eintreten.**

Wie in einem Brennglas hat die Coronakrise die chronische Unterfinanzierung von Bildung offenbart, auf die Gewerkschaften weltweit schon lange aufmerksam machen. Denn sie erschwert auch das Einhalten des Gesundheitsschutzes und von Hygienemaßnahmen. Die sichtbarsten Probleme sind marode Schulgebäude und Sanitäranlagen, fehlende Seife und Desinfektionsmittel, zu große Klassen und Lehrkräftemangel, fehlende oder unzureichende digitale Ausstattung.

Die internationalen Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, dass die Länder die Coronakrise im Bildungsbereich besser bewältigt haben, die auf einen Dialog mit den Gewerkschaften gesetzt haben. Über positive Erfahrungen wurde vor allem aus den skandinavischen Ländern berichtet.

Zugleich hat der internationale gewerkschaftliche Austausch geholfen, von den Erfahrungen der anderen zu lernen. Unser globaler Dachverband, die Bildungsinternationale vereint rund 400 Bildungsgewerkschaften aus mehr als 170 Ländern mit 33 Millionen Mitgliedern. Wir haben uns regelmäßig per Videokonferenzen ausgetauscht, um über unsere Einflussmöglichkeiten in dieser Krise zu beraten, und gemeinsam Ziele festgelegt. Dazu gehört die Gewährleistung des Gesundheitsschutzes für Schüler_innen und Lehrkräfte in den Bildungseinrichtungen.

Die Coronakrise verschärft die globale soziale Ungleichheit und Bildungsbenachteiligung. Stichwort Kinderarbeit: Die Staatengemeinschaft hat sich dazu verpflichtet, alle Formen der Kinderarbeit bis 2025 zu beenden. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation müssen weltweit

152 Millionen Kinder arbeiten, davon 73 Millionen in ausbeuterischen Verhältnissen. Im Zuge der Coronapandemie steigt die Zahl arbeitender Kinder in vielen Ländern wieder drastisch. Stichwort Armut: Die Vereinten Nationen schätzen, dass zusätzlich 66 Millionen Kinder in extreme Armut geraten werden. Stichwort Bildungsgerechtigkeit: Die Gefahr, dass Kinder nach der Coronakrise nicht mehr in die Schule zurückkehren und den Anschluss an die Bildung verlieren, ist groß.

Das Engagement gegen Kinderarbeit bleibt für uns eine wichtige gewerkschaftliche Aufgabe. Praktisch engagiert sich die GEW mit ihrer Stiftung fair childhood in gewerkschaftlichen Projekten gegen Kinderarbeit. Die Erfahrungen zeigen, dass die Projekte erfolgreich sind, dass es ihnen gelingt, kinderarbeitsfreie Zonen zu schaffen und zugleich die Gewerkschaften vor Ort zu stärken.

Aus unseren Partnerregionen hören wir nun, dass Kinderarbeit und frühe Schwangerschaften wieder extrem zunehmen. Insbesondere Mädchen sind die Verliererinnen in dieser Krise. Politisch wäre ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz in Deutschland und Europa ein wichtiges Instrument gegen Kinderarbeit.

Weltweit müssen die Anstrengungen verstärkt werden, um das 2015 von den Vereinten Nationen beschlossene Nachhaltigkeitsziel Bil-

dung zu erreichen. Dieses beinhaltet das Versprechen, allen Menschen bis 2030 einen freien Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu ermöglichen.

Dieses Ziel kann nur mit stärkeren Investitionen in öffentliche Bildungssysteme weltweit erreicht werden. In einer aktuellen Analyse warnt die Weltbank bereits, dass zwei Drittel aller Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen ihre Bildungsbudgets aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise kürzen könnten. Dies wäre fatal, weil es die Schwächsten in der Gesellschaft treffen, die Bildungsungleichheit weiter verschärfen und die Bildungsprivatisierung vorantreiben würde.

Auch Deutschland muss sich an der Bildungsfinanzierung im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit stärker engagieren. Dafür setzen wir uns zusammen mit Nichtregierungsorganisationen in der Globalen Bildungskampagne ein. Das deutsche Budget konnte durch dieses Engagement erheblich gesteigert werden. Aber es ist noch viel Luft nach oben.

Bildung ist ein Menschenrecht, das es global zu verwirklichen gilt und für das wir auch weiterhin gemeinsam – in Bündnissen und mit Bildungsgewerkschaften weltweit – eintreten werden.

 Autorin: Marlis Tepe ist Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Vize-Präsidentin der Bildungsinternationale.



Foto: GEW



Ziegel stapeln in Bangladesch: Weltweit arbeiten wieder mehr Kinder

Foto: Rony Barua Shemul (CC BY-NC-ND 2.0)

Lern zu Hause!

Fehlendes Equipment, rudimentäre Internetanschlüsse, zu wenig Lehrer_innen: Rund eine Million Schüler_innen kommen in der Krise nicht zur Schule, warnt die Lehrgewerkschaft SUTEP. Wie Peru versucht, den Unterricht aufrechtzuerhalten.

Der Eingang zur Schule »Fe y Alegría 21« im Stadtteil San Jerónimo von Cusco in Peru ist verwaist. Die Zettel am schweren schwarzen Stahltor geben Auskunft, dass vor dem 15. März kein Unterricht stattfinden wird. Doch in den Büros hinter den Türen wird gearbeitet, so die Direktorin Eleonora Morales Azurín. »Wir bereiten den Neustart vor, sind mit allen Schüler_innen in Kontakt, haben sie vor der Pause mit Lernstoff versorgt und machen das auch zukünftig. Digital, aber auch über Arbeitsmappen, die wir zur Not zu Hause vorbeibringen,« erklärt die Pädagogin. Alle mitnehmen, keine und keiner soll der Schule im Arbeiterviertel der alten Inkastadt Cusco den Rücken kehren, lautet die Devise an der Grund- und weiterführenden Schule.

Das ist alles andere als einfach, wie Zahlen aus dem Bildungsministerium und der landesweit präsenten Gewerkschaft der Lehrer_innen (SUTEP) belegen. 300.000 Schüler_innen, so kalkulieren die Bildungsexperten in Lima, hätten sich aus dem Schulsystem verabschiedet; eine Million sind es hingegen laut SUTEP-Schätzungen. Das sind alarmierende Zahlen angesichts von offiziell 7,8 Millionen Schüler_innen in Peru. Und der Trend könnte sich 2021 fortsetzen, weil Peru durch die Pandemie in die Rezession gerutscht ist. Um bis zu 14 Prozent ist das Brutto-

inlandsprodukt geschrumpft – endgültige Zahlen liegen noch nicht vor.

Von der ökonomischen Talfahrt würden diejenigen, die kein formales Arbeitsverhältnis haben, voll erwischt; Tagelöhner_innen, Straßenverkäufer_innen, Handwerker_innen, die mit ihrer Werkzeugtasche am frühen Morgen im Zentrum von Cusco auf Arbeitgebende warten, meint Carlos Herz: »Das sind zwischen 70 und 75 Prozent aller Beschäftigten.« Der 62-jährige Entwicklungsexperte hat viele Jahre internationale Organisationen bei Projekten beraten, seit ein paar Jahren ist er Direktor eines kirchlichen Bildungszentrums, des Centro de Estudios Regionales Andinos Bartolomé de las Casas in Cusco. Er kennt die regionalen Probleme.

Miese Infrastruktur, rudimentärer Internetzugang und gravierende Armut sorgen dafür, dass die Bildungsschere zwischen Stadt und Land weiter auseinandergehen könnte. »Auch in Peru hat das Bildungsministerium auf virtuellen Unterricht umgestellt. Doch bei Regen ist die Netzverbindung schon von Lima nach Cusco instabil«, schildert Herz seine Erfahrungen. Zudem seien Smartphones, Tablets und Laptops längst nicht überall verfügbar.

Herz und seine Kollegin von der Schule Fe y Alegría 21 begrüßen es darum sehr, dass das Bildungsministerium dafür gesorgt hat, dass »Aprende en Casa« – Lern zu Hause – auch per Radio und im Fernsehen empfangen werden kann. »Das hilft, wir haben Schüler_innen, die auf die nächste Anhöhe klettern, um sich mit ihren Lehrer_innen unterhalten zu können«, berichtet Morales Azurín. Darunter viele Kinder, die

Cusco verlassen haben, weil ihre Eltern in ihre Herkunftsregion zurückgegangen sind. Dort sei es oft einfacher, an Lebensmittel zu kommen. Aber etliche Familienväter suchten auch Jobs im Bergbau, erklärt die Pädagogin: »Halbwüchsige, kräftige Jungen müssen ihren Vater dann oft begleiten.« Das deckt sich mit den Schilderungen der SUTEP. Die Gewerkschaft verweist zudem darauf, dass hunderttausende Familien das Schulgeld für Privatschulen nicht mehr zahlen können und ihre Kinder nun an öffentliche Schulen schicken. Im Bildungsministerium, das Mitte März in halber Klassengröße wieder zum Präsenzunterricht zurückkehren will, wirft das neue Probleme auf. SUTEP-Generalsekretär Lucio Castro hält die Pläne für »unverantwortlich«. Denn viele der öffentlichen Schulen auf dem Land hätten weder Wasser- noch Abwasser-Anschluss, die Klassenräume seien klein, oft sei eine Lehrperson für mehrere Klassen zuständig.

Carlos Herz und Morales Azurín sehen das genauso. Neben dem schnellen Impfen sei auch der Abbau struktureller Defizite nötig. Doch scheint beides wenig realistisch: Bildungsminister Ricardo Cuenca ist erst seit November im Amt, fehlende Kontinuität im Ministerium ein Problem. Zudem belaufen sich die Bildungsausgaben in Peru zur Zeit auf nur 3,72 Prozent des Bruttosozialprodukts. Das sind deutlich weniger als die 6 bis 8 Prozent, die internationale Experten empfehlen. Mittlerweile hat Minister Cuenca angekündigt, dass der Unterricht ab dem 15. März für mindestens einen weiteren Monat virtuell stattfinden wird. Es ist ein Kompromiss – bis auf Weiteres.

 Autor: Knut Henkel ist freier Journalist in Hamburg und bereist mehrmals im Jahr Lateinamerika.



Hinter den verschlossenen Türen wird der Neustart vorbereitet: Schule in Cusco

Wenn Schule Luxus wird



Foto: Natalie Mayroth

Ein Wandbild in Mumbai erinnert daran, dass Arbeit von Kindern unter 14 Jahren verboten ist

In Indien gibt es rund zehn Millionen Kinderarbeiter_innen. Aufgrund von geschlossenen Schulen und steigender Armut könnten es nun noch mehr werden. Bei vielen Mädchen werde die Ausbildung in den Hintergrund rücken, warnt Kishore Bhamre von der NGO Praatham.

Sie sind an vielen kleinen Geschäften in Mumbai zu sehen: runde blaue Aufkleber, auf denen »Child Labor Free Shop« mit einem lächelnden Gesicht steht. Darunter ist die Telefonnummer der Hilfsstelle von Pratham vermerkt. Die in Mumbai ansässige Nichtregierungsorganisation verfolgt einen mehrgleisigen Ansatz gegen Kinderarbeit. »Rettungsaktionen von Minderjährigen in Zwangsarbeit sind dramatisch für sie. Wir versuchen, Ladenbesitzer_innen darin zu bekräftigen, keine Kinder zu beschäftigen, und klären in den Dörfern auf, damit Kinder nicht weiter rekrutiert werden«, sagt Kishore Bhamre, leitender Sozialarbeiter beim Pratham Council for Vulnerable Children.

»Besonders viele kommen aus den Bundesstaaten Uttar Pradesh und Bihar«, sagt Bhamre, das habe die Erfahrung aus knapp 20 Jahren gezeigt. Es sind die ärmsten Bundesstaaten. Der Kurla-Bahnhof in Mumbai ist einer der Verkehrsknotenpunkte, an dem die Mitarbeiter_innen von Pratham Ausschau nach Kindern halten, die in der Stadt ankommen. Das machen sie nicht nur in Mumbai, sondern auch in weiteren Metropolen wie der Hauptstadt Delhi. Momentan sind es weniger Neuankömmlinge, denn in In-

dien ist der öffentliche Nahverkehr wegen der Pandemie seit einem Jahr stark eingeschränkt. Bhamre vermutet, dass in den Städten die Zahl von beschäftigten Kindern nicht so stark angestiegen ist. Aber man müsse abwarten, was passiert, wenn Indiens Wirtschaft wieder hochfährt, warnt er.

Nach indischem Recht haben Kinder bis zum Alter von 14 Jahren Anspruch auf kostenlose Bildung. So lange diese Schulpflicht besteht, ist es ihnen verboten zu arbeiten. Dennoch schätzt das UN-Kinderhilfswerk Unicef, dass Indien mit 1,4 Milliarden Einwohner_innen zu den Ländern mit den meisten minderjährigen Arbeiter_innen gehört. Trotz sinkender Zahlen geht das Kinderhilfswerk der UN von etwa zehn Millionen Kindern aus, eine Zahl, die auch die internationale Arbeitsorganisation Ilo bestätigt. Und die Gefahr ist hoch, dass aufgrund von geschlossenen Schulen und steigender Armut Kinderarbeit wieder auf dem Vormarsch ist.

Zwar fehlen gerade auch den Erwachsenen die Jobs, doch »Kinder sind leicht auszubeuten, und sie werden keine Gewerkschaft gründen oder streiken«, sagt Bhamre. Deshalb könnten Unternehmen, die in der Pandemie Verluste gemacht haben, versuchen so Personalkosten zu sparen. Die Jungen werden in Städte und Industriezentren gelockt und sind vermehrt in kleinen Fabriken, Gerbereien oder im Dienstleistungsbereich eingespannt. »Das ist zwar nicht immer sichtbar, doch passiert in Mumbai an verschiedenen Orten«, sagt der Sozialarbeiter. Auch

wenn die Westküstenmetropole in den vergangenen Jahrzehnten große Fortschritte gemacht habe.

Ein weitaus größerer Teil der Kinder leistet harte Arbeit in der Landwirtschaft. Mädchen sind zudem der Gefahr von sexueller Ausbeutung ausgesetzt. Sie arbeiten als Haushaltshilfen oder werden jung verheiratet. Das ist zwar verboten, kommt aber häufiger vor, wenn Familien in finanzielle Notlagen geraten. »Bei vielen Mädchen wird nun durch den wirtschaftlichen Druck die Ausbildung in den Hintergrund rücken«, so Bhamre.

Hinzu kommt, dass es zwar Unterrichtsstunden per Smartphone gibt, doch die teilweise noch geschlossenen Schulen für die Kinder aus Familien an der Armutsgrenze auch bedeuten, dass sie kein kostenloses Mittagessen mehr bekommen. Die Regierung verteilte deshalb in ländlichen Gebieten wie Palghar, unweit von Mumbai, Lebensmittelrationen.

Dass die Schüler_innen nun bei der schrittweisen Schulöffnung ausbleiben, könne aber auch die Sorge vor Corona sein, sagt Lehrer Sandip Lende, der an einer privaten Schule im 150 Kilometer von Mumbai entfernten Nashik unterrichtet. Er hat mit Kolleg_innen Geld für die Abschlussprüfungsgebühren seiner Schüler_innen gesammelt, damit alle teilnehmen können. Er ist bei den oberen Stufen optimistisch, da die Kinder es schon so weit geschafft haben. Er nimmt sich aber auch die Zeit, mit den Familien zu sprechen, um sie von der Ausbildung der Kinder zu überzeugen.

Schon vor dem Ausbruch der Pandemie hatte Indien laut UN damit zu kämpfen, dass 56 Millionen Kinder nicht zur Schule gingen, was auf mittlere und lange Sicht auch die Produktivität der Wirtschaft beeinträchtigt. Um die Kinder in der Schule zu halten, müssen familiäres Umfeld, Gemeinde und engagierte Pädagog_innen an einem Strang ziehen.

Manche Angehörige nutzen jedoch, dass Kinder etwa beim Betteln mehr Geld einbringen. »Das ist sehr harte Arbeit«, sagt Christiane Gey, die die Organisation Childrights gegründet hat und drei Kinderhäuser in Indien betreut. Andere Kinder liefern von zu Hause weg und fänden sich auf der Straße, in der Prostitution oder in schwerer körperlicher Arbeit wieder.

Dass Kinderrechte oftmals nicht eingehalten werden, hat Gey zur Genüge erlebt »Kinder brauchen eine eigene Stimme, um sich zu verteidigen«, doch ihren Schützlingen falle es noch schwer, über diesen Teil ihrer Vergangenheit zu sprechen. Sie hofft, dass sie in ein paar Jahren dazu in der Lage sein werden und damit vielleicht anderen Kindern helfen können.

 Autorin: Natalie Mayroth lebt in Mumbai und berichtet als Journalistin aus Südasien.

»Den Fernseher belegt der Vater mit Beschlag«



Foto: Jonathan Emst/World Bank

»Es gibt Lichtblicke« – Junge Frauen mit Kindern können in Ghana an Fernunterricht teilnehmen

Die Coronapandemie bedeutet einen schweren Rückschlag für die (Aus-)Bildungschancen von Mädchen und jungen Frauen. Wer in Ghana nicht mehr zur Uni oder in die Lehre gehen kann, ist schnell zu Hausarbeit verdammt – und teilweise zu noch Schlimmerem.

Nord|Süd news: Ghana hat sein Bildungswesen stark ausgebaut und verbessert. Auch außerhalb der großen Städte und dem stärker entwickelten Süden sind neue Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen entstanden. Hat das auch geholfen, die Lücke zwischen den Geschlechtern zu schließen?

Agnes Atia Apusigah: In der Grundstufe besuchen inzwischen genauso viele Mädchen wie Jungen die Schule. Ab der Mittelstufe betragen die Unterschiede aber immer noch bis zu 30 Prozent, der Übergang an die Hochschulen ist vor allem für Mädchen aus benachteiligten Familien immer noch sehr schwierig. Aber es gibt Lichtblicke, etwa die Einführung von Fernunterricht, Unterrichtsmodulen sowie Abend- und Wochenendprogrammen, an denen auch junge Frauen teilnehmen können, die Kinder haben oder nebenbei Geld verdienen müssen.

Haben sich auch die Chancen auf berufliche Ausbildung verbessert?

Das ist ein wichtiger Teil der Bildungsoffensive. Es wurde in die Institutionalisierung und Formalisierung auch der beruflichen und technischen Ausbildung investiert, die etwa an technischen Instituten oder Berufsschulen angeboten wird. Zudem hat der Staat Ausbildungszentren eingerichtet, auch Frauenausbildungszentren. Hinzu kommen informelle Schulungsmöglichkeiten, die von den Branchenverbänden organisiert

werden. Hier können auch junge Menschen Berufe erlernen, die keinen Schulabschluss oder kein Geld fürs Studium haben. Obwohl es hier Initiativen gibt, Mädchen und Frauen auch für traditionell von Männern dominierte Bereiche zu interessieren, konzentrieren sich die meisten aber immer noch auf die – schlechter bezahlten – Berufe Friseurin, Schneiderin, Catering.

Auch in Ghana sind Schulen und andere Einrichtungen wegen Corona von März bis Dezember 2020 geschlossen wurden. Was bedeutet das für Mädchen und junge Frauen?

Es waren nicht nur die Schulen, auch viele Auszubildende wurden nach Hause geschickt oder konnten nur wenig arbeiten. Das betraf vor allem Servicebereiche, in denen viele Frauen arbeiten – ohne große Veranstaltungen sank der Bedarf an Friseur- und Schneiderdienstleistungen oder Catering.

Was machen die Mädchen, wenn sie zu Hause sind?

Insbesondere in den ländlichen und benachteiligten Gemeinden spielen traditionelle Bräuche und Praktiken immer noch eine große Rolle. Mädchen und Frauen übernehmen hier die Hausarbeit und werden nun noch stärker in diese Rolle gedrängt.

Gilt das auch für die Schülerinnen und Studentinnen?

Homeschooling ist nur für einen Teil der Familien in Ghana machbar. Denn nicht alle Eltern können ihren Kindern helfen zu lernen, viele haben nicht einmal Zugang zu Lernressourcen. Wenn es nur einen Fernseher oder auch Computer im Haus gibt, kann es sein, dass der Vater ihn mit Beschlag belegt, weil er Sport oder Nachrichten sehen will. Und wenn er ihn abgibt, dann oft eher an den Sohn als an die Tochter. Jungen wer-

den vor allem im benachteiligten Norden mehr geschätzt. Die Familien konzentrieren ihre Ressourcen darauf, dass sie die beste Erziehung erhalten, um später gute Jobs zu bekommen und die Familien zu ernähren.

Da klingt nach einer angespannten Situation in den Familien. UN-Organisationen haben generell über einen Anstieg häuslicher Gewalt berichtet. Gibt es den auch in Ghana?

Ja, es gab einige Studien, die darauf hinweisen. Während die Einkommen schrumpften, stiegen die Haushaltskosten, auch weil nun alle zu Hause sind und etwa Schüler_innen nicht in der Schule gepflegt werden. Berichtet wird von Männern, die aus Frust, weil sie ihrer Rolle als Familienernährer nicht nachkommen können, gewalttätig wurden. Es gibt aber auch Fälle, wo es zu Gewalt kam, weil der Arbeitsdruck und die Hausarbeit dazu führten, dass sexuelle Wünsche nicht erfüllt wurden.

Wie kann man die Bildungsmöglichkeiten von Mädchen und jungen Frauen verbessern?

Eine wesentliche Herausforderung sind die Bildungskosten, die Familien immer eher für die Jungen als für die Mädchen zahlen. In der Grund- und Mittelstufe wurden die Gebühren zwar zuletzt abgeschafft, aber es gibt immer noch die versteckten Kosten: Sanitärbedarf wie Binden, Schulbedarf, Schulkleidung und Essen. Und an den Schulen selbst fehlt es an Ausstattung – und sogar an Sanitätseinrichtungen für alle. Auch die Ausbildung muss zumindest in den formellen Ausbildungseinrichtungen bezahlt werden. Am schwierigsten ist es beim Hochschulzugang.

Wegen der Studiengebühren?

Ja. Und wenn Mädchen es doch schaffen, ist es oft ihre einzige Chance, sich für Krankenpflege oder den Lehrerberuf zu entscheiden, weil es da Ausbildungsbeihilfen gibt und der Übergang auf den Arbeitsmarkt schnell geht. Eigentlich brauchen die Frauen ein Unternehmerrtraining. Zugleich müssen Institutionen, die Mädchen und Frauen unterstützen, besser ausgestattet werden: das Ministerium für Gender, Kinder und soziale Entwicklung, die Abteilung Mädchenausbildung beim Bildungsministerium, die Abteilung zur Unterstützung von Opfern häuslicher Gewalt bei der Polizei.

 Die Interviewte: Agnes Atia Apusigah ist Professorin für Entwicklungssoziologie mit Schwerpunkt Gender Studies und Vizepräsidentin des Regentropfen College of Applied Sciences in Kansoebongo.

Fragen und Übersetzung: Beate Willms



Foto: Queen's University

Jünger, weiblicher, professioneller

Die kolumbianische Escuela Nacional Sindical berät mit Unterstützung des DGB-Bildungswerks Gewerkschaften und bildet Arbeiter_innen fort. Jetzt haben die Partner das Projekt ausgeweitet.

Massenentlassungen, Lohnkürzungen und ein Präsident, der sich nicht sonderlich um die Rechte der Arbeitnehmenden schert: Das sind grob zusammengefasst die derzeitigen Herausforderungen für Arbeiter_innen in Kolumbien. Doch auch in der Pandemie und unter der konservativen Regierung von Iván Duque gibt es Erfolge, erzählt Mayra Restrepo Sabaleta.

Die 38-Jährige arbeitet bei der Nichtregierungsorganisation Escuela Nacional Sindical, die mit Unterstützung des DGB-Bildungswerks kleine und weniger erfahrenere Gewerkschaften berät und Arbeiter_innen fortbildet, um erfolgreich mit der Arbeitgebendenseite verhandeln zu können. »Eine unserer Partner-Gewerkschaften hat durch einen monatelangen Streik bisher Entlassungen von hunderten Arbeiter_innen verhindert«, sagt Restrepo. Und: »Alle Gewerkschaften, die wir zuletzt für das DGB BW-Projekt betreut haben, haben heute mehr Mitglieder als zum Projektstart.« Bei den beiden Transportgewerkschaften SNTT aus Cartagena oder Asoexpress aus der Hauptstadt Bogotá betrug der Zuwachs sogar über 50 Prozent.

Das sind nicht die einzigen Zahlen, die Mayra Restrepo Hoffnung machen: In der abgelaufenen Projektphase 2018 bis 2020 hat die Escuela Nacional Sindical insgesamt 85 Beratungen gemacht und 284 Arbeiter_innen in Seminaren fortgebildet – seit Beginn der Pandemie natürlich verstärkt über Online-Tools. Die Schwerpunkte lagen auf kollektiven Verhandlungsstrategien, Gewerkschaftswachstum und Öffentlichkeitsarbeit. Junge und weibliche Arbeitnehmer_innen wurden bei den Fortbildungen bewusst bevorzugt. »In Kolumbien haben viele Gewerkschaften Nachwuchsprobleme«, berichtet Mayra Restrepo per Zoom. »Deshalb liegt uns viel daran, die junge Generation zu fördern.« Im Dezember habe es beispielsweise einen dreitägigen Workshop nur für junge Frauen gegeben, die sich stärker gewerkschaftlich engagieren möchten. »Die Gewerkschaftswelt in Kolumbien ist sehr von Männern dominiert«, sagt Restrepo. Das schüchtere viele Frauen ein. »Wir müssen sie empoweren.«

In der neuen DGB BW-Projektförderphase (2021 bis 2023) stehen deshalb auch die Geschlechterrollen als ein neuer Schwerpunkt fest. Auch die Themen Gesundheit, Verstöße gegen das Arbeitsrecht oder Arbeitsrecht und Gesetzgebung kommen zu den bisherigen Schwerpunk-

ten hinzu. Das Ziel, die Akteure zu empowern, steckt überall dahinter. »Das ist auch dringend notwendig«, sagt Restrepo, die seit Anfang Januar die Projektleitung übernommen hat. Für Gewerkschaften sei die momentane Situation in Kolumbien äußerst schwierig. »Selbst Firmen, die Gewinne erzielen, entlassen einfach ihre Leute.« Die Escuela Nacional Sindical hat deshalb die fünf größten Gewerkschaften des Landes als Rat-

Mitglieder der Gewerkschaft SNTT berichten, sie seien vor die Wahl gestellt worden: Kündigung oder halber Lohn.

geber mit ins Boot geholt. Sie können den kleinen Gewerkschaften im Projekt wertvolle Tipps geben.

Zudem beschäftigt Mayra Restrepo seit Januar auch eine Arbeitsrechtlerin, die Verstöße gegen das Arbeitsrecht dokumentieren soll. Auch bei den fünf Gewerkschaften, die momentan Teil des DGB BW-Projekts sind, gab es schon Probleme: So haben beispielsweise Mitglieder der Gewerkschaft SNTT berichtet, sie seien vor die Wahl gestellt worden: Kündigung oder halber Lohn. Wie verbreitet Verstöße gegen Arbeitschutzrechte sein müssen, zeigt eine Zahl aus dem kolumbianischen Arbeitsministerium: Dem-

nach gingen dort im vergangenen Jahr mehr als 5.000 arbeitsrechtliche oder gesundheitsrechtliche Beschwerden ein. Gleichzeitig wollten Arbeitgeber in über 4.000 Fällen Arbeiter_innen kollektiv entlassen, ihre Arbeitsverträge annullieren oder sie bis zu 120 Tage nach Hause schicken. Die Regierung brüstet sich damit, mehr als 100.000 Arbeitsplätze gegen den Willen der Unternehmen erhalten zu haben.

Mayra Restrepo hat eine ganz andere Wahrnehmung von der Regierung. Iván Duque stelle die Interessen der Unternehmen über die Rechte der Arbeiter_innen. Die Regierung schütze noch nicht mal deren Leben, sagt Restrepo und spielt damit auf die hohe Anzahl an getöteten Gewerkschaftsführer_innen, aber auch von Menschenrechtsaktivist_innen und Ex-Guerilleros an. »In den kommenden zwei Jahren bis zum Ende von Duques' Amtszeit erwarte ich keine Verbesserungen für unseren Arbeitskampf.« Dennoch legt Restrepo in der Ausbildung auf einen großen Wert: das, was in Kolumbien als »diálogo social« bezeichnet wird. Das ist der Versuch, zwischen allen relevanten Akteur_innen der Gesellschaft einen Konsens darüber herzustellen, dass Arbeitnehmendrechte wichtig sind und gesetzlich geschützt werden müssen. Dass das eines Tages möglich sein wird, darauf vertraut sie.

 Autor: Ralf Pauli ist Journalist, er lebt in Berlin und ist immer wieder in Lateinamerika unterwegs.



Foto: ENS

Wie können Gewerkschaften ihre Ziele durchsetzen? Knapp 290 Arbeiter_innen wurden bereits fortgebildet

Lieferkette: Deutscher Entwurf reicht nicht

Unternehmen müssen in absehbarer Zukunft mehr Verantwortung für die Wahrung von Menschenrechten und Umweltstandards sowie für den Schutz von Arbeitnehmer_innen in ihren Lieferketten übernehmen. In Deutschland hat das Kabinett einen Entwurf für ein Lieferkettengesetz verabschiedet, und das Europaparlament empfiehlt der EU-Kommission, eine entsprechende EU-weite Regelung einzuführen. Inhaltlich geht die europäische Empfehlung dabei weit über den deutschen Gesetzesentwurf hinaus: So will sie deutlich mehr auch kleinere sowie US-amerikanische und chinesische Unternehmen, die in der EU tätig sind, miteinbeziehen. Die Sorgfaltspflichten sollen viel tiefer in die Wertschöpfungskette hineinreichen, es soll klare Bestimmungen zur zivilrechtlichen Haftung geben – und die Umwelt wird hier als eigenständiger zu schützender Bereich betrachtet. Allerdings: Es handelt sich bislang nur um die Empfehlung des Parlaments. Im Juni will EU-Justizkommissar Didier Reynders seine Pläne für ein europäisches Lieferkettengesetz vorstellen. Das Konsultationsverfahren läuft.

 Analysen und Stellungnahmen der Initiative Lieferkettengesetz, der auch der DGB und Verdi angehören, finden sich auf: <https://lieferkettengesetz.de/>. Einen Überblick über bestehende Regeln liefert die HBS: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=9195

Freiheit für Brasiliens Lula

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat die Aufhebung der Verurteilungen des ehemaligen brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva und die Wiederherstellung seiner politischen Rechte begrüßt. Ein Richter des Obersten Gerichtshofs hatte die Entscheidung am 8. März verkündet. »Die gerichtliche Verfolgung von Lula ist beendet«, sagt IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. Lulas einziges Verbrechen habe darin bestanden, sich für die Ausgegrenzten und Un-



Foto: Delcídio do Amaral (CC BY-NC-ND 2.0)

terdrückten einzusetzen. »Diese Entscheidung stärkt die Demokratie in Brasilien, in der Region und in der Welt«, so Burrow. Die Opposition in Brasilien – und auch die Gewerkschaften – setzt große Hoffnungen darauf, dass Lula bei den nächsten Präsidentschaftswahlen gegen den jetzt amtierenden Jair Bolsonaro antreten kann, der Gewerkschafts-, Arbeits-, Indigenen- und Umweltrechte massiv abgebaut hat und für das relativ ungebremste Wüten der Coronapandemie im Land verantwortlich gemacht wird.

Patentschutz für Impfstoffe aufheben!

Patentrechte auf Impfstoffe gegen Covid-19 dürfen nicht dazu führen, dass zu wenig Vakzine hergestellt werden können und die ärmeren Länder leer ausgehen. Das fordern mehr als 80 Entwicklungsländer im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO – bislang vergeblich. Reichere Mitglieder blockieren den Vorstoß, den sogenannten Schutz geistiger Eigentumsrechte für diesen Fall auszusetzen. Der Antrag war von Südafrika und Indien eingebracht worden. Einen ähnlichen Aufruf der NGO Ärzte ohne Grenzen hatten im vergangenen Jahr über 375 zivilgesellschaftliche Organisationen unterzeichnet. Die Blockierer in der WTO argumentieren vor allem, dass Patentrechte Forschung und Innovation förderten. Die Entwicklung der aktuellen Impfstoffe war mit Milliardensummen aus öffentlichen Kassen gefördert wurden. Allein die Bundesregierung zahlte bis zu 750 Millionen Euro, die USA gaben 10 Milliarden US-Dollar an die Pharmaunternehmen. Für die Impfstoffe selbst hat etwa die EU nach Medienberichten pro Dosis zwischen 1,78 und 14,76 Euro bezahlt. Die nächste Sitzung des TRIPS-Rats der WTO findet Anfang Juni statt.

 <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/wto-patente-aussetzen>, www.patents-kill.org, <https://noprofitonpandemic.eu/>

Just Transition kommt voran

Die jungen Klimaaktivist_innen der vergangenen Jahre kämpfen mit den mangelnden Möglichkeiten, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Aber Just Transition-Projekte kommen durchaus voran. Das zeigt ein aktueller Report des gewerkschaftlichen Online-Magazins Equal Times. Zu lesen und vergleichen sind Initiativen in Spanien, Bangladesch, Tunesien, Schottland, Argentinien und Senegal.

 https://www.equaltimes.org/just-transition-putting-planet?lang=en#YB09D-hKhNL&msdyntrid=JM_zkgTxX2ksNvkc8ddY9o_nzTi1lXlEuLt79Qy3g

Filmtipp: Silence Radio

Mindestens 50 Journalist_innen wurden 2020 in Ausübung ihrer Tätigkeit getötet. Tausende wurden unter Druck gesetzt, bedroht oder verloren ihre Jobs, weil sie missliebig recherchiert oder berichtet hatten. Ganze Medienhäuser werden geschlossen, weil Regierungen in vielen Ländern – aktuell etwa in Myanmar – keine freie Presse dulden wollen. In »Silence Radio« zeigt die Filmmacherin Juliana Fanjul den Kampf der mexikanischen Radioreporterin Carmen Aristegui, die ihren Job 2015 verliert, weil ihr journalistische Ethik wichtiger ist als der Auftrag ihrer Chefs. Sie kämpft weiter gegen die Verbreitung von falschen Informationen und zieht dabei Millionen von Zuhörer_innen hinter sich. Ein Film über Pressefreiheit, gute Arbeit und fake news.

Kinostart 15. April 2021



Foto: jip film & verteil gbr

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e. V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND e. V.
Nord | Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329
Fax: 0211 / 4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

BMZ  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung